



2016/44 Interview

<https://shop.jungle.world/artikel/2016/44/wir-brauchen-eine-ehrliche-erkennung-des-voelkermords>

Jephta Nguherimo im Gespräch über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia zum Völkermord an den Herero und Nama

»Wir brauchen eine ehrliche Anerkennung des Völkermords«

Von **Anke Schwarzer**

Jephta Nguherimo lebt in Washington, D.C., und ist Mitbegründer des Ovaherero/Mbanderu and Nama Genocide Institute (ONGI) in den USA. Er beteiligte sich an der Organisation der ersten transnationalen Konferenz zum deutschen Völkermord an den Ovaherero und Nama mit dem Titel »Restorative Justice after Genocide«, die Mitte Oktober in Berlin stattfand. Mit der "Jungle World" sprach er über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia zum Völkermord an den Herero und Nama.

Bis heute ist eine offizielle Entschuldigung des Bundestags und der Bundesregierung für den Genozid an den Herero und Nama ausgeblieben. Immerhin gibt es seit 2015 Verhandlungen zwischen der namibischen und der deutschen Regierung über den gemeinsamen Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit in Namibia. Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz sowie der langjährige Botschafter Zedika Ngavirue sind seit 2015 als Sonderbeauftragte eingesetzt. Mittlerweile zeichnet sich ab, dass sich Deutschland offiziell entschuldigen könnte. Warum haben Sie angesichts dieser Entwicklungen eine große Konferenz in Berlin abgehalten? Wir wollten das Thema stärker in die deutsche Öffentlichkeit tragen. Natürlich gibt es die Regierungsverhandlungen, aber die Gespräche finden hinter verschlossenen Türen statt. Wir wissen nicht, was auf dem Tisch liegt, was bisher präsentiert wurde. Außerdem haben die Regierungen die Verhandlungskommission zusammengestellt und dabei die Vertreter der betroffenen Communities ausgeschlossen. Deshalb haben einige Organisationen zusammen mit dem Verein »Berlin Postkolonial« die Konferenz organisiert. Wir wollten über diese schwierigen Aspekte informieren. Waren auch Vertreter der deutschen Regierung anwesend? Nein, wir haben das nicht erwartet. Aber es gibt Kontakte zur Linkspartei, deren Vertreter auch auf dem Kongress waren. Wir haben mit Aktivisten und Wissenschaftlern diskutiert, mit Medien gesprochen und wir sind auf die Straße gegangen. Wir haben für Entschuldigung und Entschädigung demonstriert. Dennoch wollten wir offen sein und haben auch Politiker zur Konferenz eingeladen, etwa den deutschen Sondergesandten Ruprecht Polenz. Seine Absage war ziemlich arrogant, er ließ ausrichten, dass er nicht kommen werde – ohne weitere Erklärung. Welchen Eindruck haben Sie von der öffentlichen Meinung in Deutschland

und deren Umgang mit dem Völkermord gewonnen? Als ich Deutschland 2004 besuchte, gab es ein großes Informationsdefizit. Menschen, mit denen ich mich getroffen habe, verstanden überhaupt nicht, worüber ich eigentlich spreche. Mittlerweile haben viele schon etwas über den Völkermord gehört und möchten mehr darüber erfahren. Insofern gibt es einige Fortschritte, aber gleichzeitig gibt es auch noch viel zu tun. Der Völkermord in Deutsch-Südwestafrika hat vor über 110 Jahren stattgefunden. Nach der deutschen Besatzung folgte die britisch-südafrikanische Kolonisierung und bis zur Unabhängigkeit 1990 herrschte die Apartheid. Seit wann können die Nachfahren der Herero und Nama ihr Anliegen und ihre Forderungen artikulieren? Die Herero und Nama haben gegen die deutsche Besatzung und die Kolonisierung gekämpft, sie wurden besiegt, es gab den Völkermord und die wenigen Überlebenden kamen in Konzentrationslager. Die rassistischen Gesetze der Deutschen wurden auch von den späteren Machthabern fortgeführt. Wir wussten, dass wir für unsere Ansprüche aus dem Völkermord kämpfen müssen, aber wir hatten keine Chance. Während der Unabhängigkeitskämpfe war keine Zeit, darüber nachzudenken, sich zu organisieren und Forderungen zu entwickeln. Das begann erst mit der Unabhängigkeit vor 26 Jahren. Aber die Herero sind eine Minderheit im demokratischen Namibia und konnten nicht immer ihren Einfluss geltend machen. 2001 hat der Paramount Chief der Herero, Kuaima Isaac Riruako, eine Klage gegen deutsche Firmen und den deutschen Staat eingereicht, die aber aus formalen Gründen abgewiesen wurde. Der Völkermord ist zwar schon sehr lange her, aber erst in den vergangenen 20 Jahren konnten wir uns stärker damit befassen. Gab es jenseits des politischen Kampfes andere Formen der Erinnerung und Auseinandersetzung mit dem Völkermord? Es gab keine offene Debatte über das Thema während der Apartheid, aber in den Herero- und Nama-Communities wurde häufig darüber gesprochen, etwa über die Erfahrungen unserer Ur- und Urgroßmütter, die sie während des Völkermords und in den Konzentrationslagern gemacht haben. Das ist eine sehr lebendige Geschichte. Thema war auch die Landfrage, weil die Herero in einem sehr eingeeengten Gebiet leben mussten. Das Land unserer Vorfahren war nun in der Hand von weißen, meist deutschsprachigen Siedlern. Es gibt Farmen, die noch Nama- oder Herero-Namen tragen, aber sie gehören weißen Farmern. Die Erinnerung ist da und wir können ihr nicht entkommen. Aber die Geschichte wurde nie von anderen Gruppen in Namibia oder der Regierungspartei anerkannt – bis wir begannen, unsere Forderungen an Deutschland zu richten. Welche Form der Entschädigung sollte Deutschland anbieten? Zunächst einmal brauchen wir eine ehrliche Anerkennung des Völkermords, der sehr gut dokumentiert ist, und eine sorgfältig ausgearbeitete Entschuldigung des Bundestags, die keinen Raum für Ausflüchte lässt. Dann folgt die Frage, wie kann Deutschland wiedergutmachen, was passiert ist? Ich spreche nicht nur über den Verlust von so vielen Menschen, sondern auch über die sozioökonomische Situation der Nachfahren. Es gibt die Landfrage und die Frage der Reparationen. Es reicht nicht aus, sich zu entschuldigen und zu sagen »Sorry, wir haben so viele getötet und haben euer Land genommen« – und dann weiterzumachen wie bisher. Deutschland muss das wiedergutmachen und zwar in einer Form, die im Einklang steht mit dem bisherigen demokratischen und friedlichen Arrangement in Namibia. Welche Rolle sollen Herero und Nama in diesem Entschädigungsprozess spielen? Enorm wichtig ist, dass die betroffenen Communities entscheiden, wie vorgegangen werden soll, und nicht die Täterseite vorgibt, wie die Entschädigung auszusehen hat. Die Bundesregierung behauptet, wir wollten individuelle Geldzahlungen an Herero oder Nama, aber das ist nicht korrekt. Das ist für uns keine Option, wir haben das nicht einmal gefordert. Natürlich wollen wir eine Verbesserung für die betroffenen Communities der Herero und Nama, aber davon werden sicher auch alle Namibier profitieren, wenn zum Beispiel ein neues Krankenhaus oder eine Schule gebaut wird. Die Behauptung, es

würden Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen in Namibia entstehen, die in einem Krieg enden könnten, ist die alte Mär von den angeblich wilden Stämmen in Afrika, die sich gegenseitig töten, wenn Geld im Spiel ist. Das ist Nonsense. Es steht der deutschen Regierung nicht zu, uns zu sagen, wie die Entschädigung auszusehen hat. Mehrere Vertreter der Herero und Nama, die nicht an den Regierungsverhandlungen teilnehmen, haben eine neue zivilrechtliche Klage vorbereitet. Sie soll beim Ständigen Schiedshof in Den Haag, der 1899 gegründet wurde und dem das Deutsche Reich 1900 beigetreten ist, eingereicht werden. Dabei geht es um eine Entschädigung für die wirtschaftlichen Investitionen, den Verlust an Vieh, Land und Arbeitskraft. Wir kämpfen auf juristischer, moralischer und politischer Ebene. Aber letzten Endes ist es eine moralische und politische Frage. Wir sind optimistisch, es gibt gute Anwälte, aber für den Versöhnungsprozess nach einem Krieg wäre ein gerichtliches Urteil nur die zweite Wahl. Es wäre kein gutes Signal und es würde die Aufgabe von uns Nachfahren, eine Entschuldigung anzunehmen, erschweren. Es ist der deutsche Bundestag, der den politischen und moralischen Willen aufbringen muss, das Problem zu lösen, der endlich ein Zeichen setzen könnte, anstatt mit Worten und Ängsten zu spielen. Das Vorgehen wundert mich schon sehr. Deutschland ist so ein reiches Land. Mal angenommen, es zahlt 500 Millionen Euro oder mehr an die Herero und Nama – es wäre ein Klacks. Stattdessen erzeugt das unwürdige Gezerre um die Entschädigung unnötigen Hass auf die deutschsprachigen Namibier. Richtet sich Ihre Forderung, direkt in die Verhandlung eingebunden zu werden, an die deutsche oder an die namibische Regierung? Wir haben verschiedene Forderungen an beide Regierungen gestellt. Zunächst haben wir die deutsche Regierung aufgefordert, den Völkermord als solchen anzuerkennen, sich direkt bei den betroffenen Communities zu entschuldigen und auch mit ihnen zu verhandeln, den materiellen und immateriellen Schaden zu entschädigen und alle geraubten Kulturgüter der Herero und Nama zurückzugeben – und auf die deutschsprachige Community einzuwirken, dass sie sich in einer konstruktiven Art an der Versöhnung beteiligt. Und von der namibischen Regierung fordern wir, dass Vertreter der betroffenen Communities – auch die in der Diaspora in den USA, Botswana und anderen Ländern – direkt an den Verhandlungen teilnehmen, wie es auch eine Parlamentsresolution vorsieht. Wir wollen, dass der Völkermord an den Herero und Nama eine Rolle in der Erinnerungspolitik spielt und in den Schulbüchern einen angemessenen Platz bekommt – in Namibia, aber auch in Deutschland. Die namibische Regierung sollte diesen Prozess ermöglichen und erleichtern. Die Bundesregierung sollte bereit sein, sich direkt mit uns an einen Tisch zu setzen. Wir wollen keinen Dialog, sondern einen Trialog.